



**Marc Bernhard**

(A) Jetzt ist die Frage: Wie sollen sich die Menschen in unserem Land diese ganzen Ausgaben eigentlich noch leisten können, insbesondere angesichts der größten Wirtschaftskrise seit 1929, wie Bundeskanzlerin Merkel ja sagt?

**Svenja Schulze**, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, was wir wollen, ist, dass die klimafreundlichen Alternativen gewählt werden. Wir wollen als Staat gar nicht mehr Geld einnehmen, zum Beispiel über den CO<sub>2</sub>-Preis, sondern wir wollen, dass die klimafreundlichen Alternativen diejenigen sind, die günstiger sind.

Ich bezweifle erst mal Ihre Zahlen, die Sie hier gerade genannt haben. Wir haben auch enorme Entlastungen gerade für Familien auf den Weg gebracht: Wir haben ein Mobilitätsgeld eingeführt, also die Pendlerpauschale verändert. Wir helfen bei der Sanierung von Gebäuden. Es gibt ein Programm zum Austausch alter Ölheizungen. Wir machen das Bahnfahren billiger. Wir haben den Strompreis gedeckelt. Wir haben also auch eine ganze Menge Dinge auf den Weg gebracht, die kostendämpfend wirken.

Aber was wir brauchen, ist die Umsteuerung, die auf uns alle zukommt: Wir alle müssen die klimafreundlichen Alternativen wählen. Das ist das, was künftig günstiger ist. Das ist das, was gut ist – für die Menschen und für die Umwelt.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Danke sehr. – Alois Gerig, CDU/CSU, stellt die nächste Frage.

**Alois Gerig** (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, danke, dass ich fragen darf. Sie sind doch hoffentlich mit mir einer Meinung, dass wir unseren Bäuerinnen und Bauern den Rücken stärken müssen? Global gesehen, nimmt der Hunger exorbitant zu. Bei uns schließen täglich Höfe ihre Tore für immer, und die Marktanteile für die Selbstversorgung sinken permanent.

Deswegen lauten meine Fragen: Erstens. Wie wollen Sie verhindern, dass mit dem Insektenschutzgesetz neue, zusätzliche Bürokratie aufgebaut wird und dieser nationale ordnungspolitische Alleingang die Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern weiter erschwert? Zweitens. Wie ist sichergestellt, dass die guten kooperativen Ansätze, die wir beispielsweise in Baden-Württemberg und anderen Bundesländern mit viel Mühe gemeinsam – Politik, NGOs und Landwirtschaft – umgesetzt haben, nicht gefährdet werden?

**Svenja Schulze**, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit:

Verehrter Herr Abgeordneter, ich glaube, uns allen liegt die Zukunft der Landwirtschaft am Herzen. Wir wollen, dass in Deutschland gute Lebensmittel hergestellt werden. Deswegen haben wir das Gesetz, das wir auf den

Weg gebracht haben, und übrigens auch die Verordnung, für die die Verantwortung bei meiner Kollegin Klöckner liegt, sehr ausgewogen gestaltet.

Wir werden mit meinem Gesetzentwurf die Landschaftsplanung stärken. Wir werden den gesetzlichen Biotopschutz nach vorne bringen, den Biozideinsatz in Schutzgebieten jetzt endlich einschränken. Wir werden temporäre Naturschutzmaßnahmen ermöglichen, etwas, was aus der Landwirtschaft heraus sehr gefordert wurde. Wir werden Beleuchtungsanlagen verändern. Das sind alles wichtige Punkte zum Insektenschutz. Es ist nicht mehr Bürokratie für die Landwirtschaft.

Wir haben in der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung im Ressort meiner Kollegin Klöckner sehr gut den kooperativen Ansatz unterstützt. Modelle, wie wir sie aus Niedersachsen, aus Brandenburg kennen, wo alle sich an einen Tisch setzen, gemeinsam Maßnahmen nach vorne bringen, solche Modelle werden jetzt ausdrücklich unterstützt, gefördert und für ganz Deutschland auf den Weg gebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Nachfrage? – Danke. Dann hat der Kollege Dr. Hoffmann jetzt eine Nachfrage.

**Dr. Christoph Hoffmann** (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident, für die Möglichkeit zur Nachfrage. – Frau Ministerin, ich will die Frage von Herrn Gerig noch mal aufgreifen und konkreter machen.

Wir haben ja in Baden-Württemberg einen guten Kompromiss gehabt. Aber jetzt kommen Sie mit einem neuen Insektenschutzgesetz, stülpen es so drüber und machen die Situation nicht besser. Ich will es konkreter machen: Wollen Sie tatsächlich immer noch, dass in FFH-Gebieten überhaupt keine Pflanzenschutzmittel mehr ausgebracht werden dürfen? Wir sprechen also nicht über Naturschutzgebiete, sondern über FFH-Gebiete. Das bedeutet zum Beispiel für Lörrach in meinem Wahlkreis: 266 Hektar Acker, 50 Hektar Wein- und 37 Hektar Obst-anbau sind betroffen. Diese Flächen können dann im Grunde nicht mehr bewirtschaftet werden. Werden Sie die Flächen ankaufen, oder wollen Sie die kalte Enteignung so durchgehen lassen?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Svenja Schulze**, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, wir haben mit dem Insektenschutzgesetz und der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung einen sehr guten Schutz der Insekten auf den Weg gebracht und gleichzeitig dafür gesorgt, dass Landwirtinnen und Landwirte klare Perspektiven haben, klar wissen, woran sie sind, und natürlich weiterhin Landwirtschaft betreiben können. Wenn Sie sich das Gesetz und die Verordnung ansehen, dann werden Sie sehen, dass wir kooperative Maßnahmen unterstützen und dass natürlich weiter Landwirtschaft möglich ist.